

gaben, neben 0,19 M. an indirekten Gemeindeabgaben erhoben wurden, so sind diese Verhältnisse ein, wenn auch sehr summarischer Beweis für die Belastung der Communalverbände, insbesondere der Gemeinden, durch die Schulunterhaltungspflicht.

Der von der Steuerreform-Commission des Hauses der Abgeordneten durch den Abg. Dr. Buermeier erstattete Bericht über das Kommunalabgabengesetz ist 163 Seiten stark. Die Commission hat, laut „Reichsanz.“, das Gesetz in mehreren Punkten verändert und es alsdann mit allen gegen drei Stimmen angenommen. Von den Veränderungen heben wir hervor 1) das Verbot der Neueinführung von Mieths- und Wohnungssteuern, 2) die Aufhebung der bestehenden Mieths- und Wohnungssteuern, wenn sie nicht reorganisiert werden und bis zum 1. April 1898 nicht von den Ministern des Innern und der Finanzen in ihrer erneuten Gestalt genehmigt werden (§ 18). 3) Besondere Gemeindesteuern sollen gestattet und dabei die Befreiung der Degression der Staatssteuern, nicht aber die Progression über die Staatssteuern hinaus erlaubt sein (§ 30a). 4) Betreffs der Verteilung des Steuerbedarfs auf die verschiedenen Steuerarten (§ 45 und 46) ist die von dem Entwurf aufgestellte Regel acceptiert worden, wonach die vom Staat veranlagten Realsteuern in der Regel mindestens zu dem gleichen und höchstens zu einem um die Hälfte höheren Prozentsatz zur Kommunalsteuer heranzuziehen sind, als Zuschläge zur Staatseinkommensteuer erhoben werden. Insofern ist — abweichend vom Entwurf — gestattet, daß Realsteuern bis zu 100 pCt. erhoben werden dürfen, ohne daß eine Einkommensteuer erhoben wird; ebenso kann neben einer bis zu 100 pCt. bemessenen Realsteuer die Einkommensteuer weniger als 66⅔ pCt. betragen. Dagegen sind Bestimmungen getroffen, welche eine Entlastung der Realsteuern bei hoher allgemeiner Steuerbelastung bezwecken, indem einmal, wenn sowohl die Real- wie die Einkommensteuer über 150 pCt. herangezogen werden, für den Mehrbedarf die Einkommensteuer doppelt so stark als die Realsteuern herangezogen werden darf, und sodann als Grenze für die Realsteuerbelastung 200 pCt. festgesetzt worden sind. Der Finanzminister erklärte: dieser Beschluß entspreche nicht seinen Wünschen, doch glaube die Staatsregierung, mit dem Antrage marschieren zu können und die Ziele zu erreichen, wenn auch nicht in dem Maße wie sie gewünscht hätte. Wenn sie sich nicht dagegen erkläre, so geschähe das, weil sie den vermeintlichen und wirklichen Interessen, die geltend gemacht worden seien, Rechnung trage und auf die Verständigung der Parteien großes Gewicht lege. 5) Die Erleichterungen in der Kommunalbesteuerung für Beamte und Offiziere wurden aufrechterhalten. 6) Die Kreise haben das Recht der Besteuerung der Hunde erhalten. — Die Commission hat zu dem Gesetz noch 3 Resolutionen beschlossen. Nach der ersten sollen beim Reich Schritte gethan werden, um den Gemeinden die Möglichkeit einer erweiterten Gestaltung indirecter Steuern von Getränken zu gewähren und die bestehenden Beschränkungen in der Berechtigung der Gemeinden in der Einführung derartiger Steuern zu beseitigen. Nach der zweiten Resolution soll baldmöglichst ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, welcher die Errichtung und den Geschäftsbetrieb der Sparkassen regelt. Nach der dritten Resolution sollen Schritte unternommen werden, um zu ermöglichen, daß die Gewerbesteuer des Reichs zu den Gemeindeabgaben in demselben Umfang, wie diejenigen des Staats, herangezogen werden.

Vom Rhein, 13. April. Aus Rheinland und Westfalen waren gestern nach Schätzung der „Köln. Ztg.“ (also eher weniger als mehr) 1200 Mann zusammengekommen, um im rechten Augenblicke ihre Stimme zu erheben. „Sehen wir uns die Gesellschaft an, so finden wir versammelt Commagier, Ober-, Geheime und einfache Regierungsräte u. solche die etwas dergl. werden wollen oder werden, wie der Lateiner sagt. Nach den notwendigen Begeisterungsreden wurde alsdann die folgende Resolution gefaßt:

„Die im großen Gürzenich-Saale zu Köln zahlreich versammelten, verschiedenen Parteien angehörenden Vertreter wissenschaftlicher Kreise aus Rheinland und Westfalen geben ihrer Ueberzeugung dahin Ausdruck, daß eine Verstärkung der militärischen Stellung Deutschlands eine politische Nothwendigkeit ist und richten daher an den Reichstag das dringende Ersuchen, eine Verständigung über die Militärvorlage mit den verbündeten Regierungen herbeizuführen. Die zur Durchführung der Militärvorlage erhöhten Lasten wird das deutsche Volk opferwillig tragen, um dem Vaterlande die Segnungen des Friedens auch fernerhin zu sichern.“

Wir bemerken hierzu zunächst, daß alle Parteien mit Ausnahme der Socialdemokraten eine Verständigung mit der Regierung wollen, das Centrum hat in seinem Antrage Lieber den Boden bezeichnet, den es nach seinem rechtlichen Ueberlegen für den richtigen hält. Aber die Regierung will eben keine Verständigung, sie lehnt rundweg Alles, auch den weitgehenden nationalliberalen Antrag Vernünftigen ab. Und die Herrn „Räthe“ in Köln wollen eben auch keine Verständigung, sondern rundweg das Ungeheuerliche und Unerhörliche, was die Regierung verlangt.

Klaßlich klingt alsdann der Schlußsatz: „Die zur Durchführung der Militärvorlage erforderlichen erhöhten Lasten wird das deutsche Volk opferwillig tragen, um dem Vaterlande die Segnungen des Friedens auch fernerhin zu sichern.“ Man erlaube uns doch dazu die unbescheidene Frage: „Wer trägt denn die erhöhten

Lasten?“ Wer hat das Mehr an Rekruten zu stellen? Nicht die Commagier, die Räthe, denn deren Söhne dienen häufig einjährig, und diese Zahl ist nicht mitgerechnet, sondern das Volk. Wer hat denn die Kosten aufzubringen. Das Volk wiederum, welches Bier, Branntwein und Tabak verconsumirt, nicht die hohen Herrn, welche sich mit Hand und Fuß selbst gegen das Bischen Börsensteuer sträuben.

Aus anderer Leute Feder ist gut Riemen schneiden, das bekundeten die hochpatriotischen Herren auf dem großen Gürzenich-Saale wieder einmal ganz vorzüglich. Warum offenbarten denn die Herren ihren Patriotismus nicht dahin, daß sie sagten: „Nun wohl, wenn das Volk die Kosten nicht tragen kann, dann wollen wir unsern Geldbeutel wenigstens bluten lassen?“ Aber dazu war man zu schlaue! Indessen das Volk am Rhein und in Westfalen ist eben so schlaue und läßt sich mit billigen schönen Worten nicht ködern und wenn diese Männer sich einmal zu Köln versammeln, dann gibt's zwar nicht jodeln hohe Xitel, aber der große Gürzenichsaal wird dreimal voll, nicht etwa bloß 1200 Männer, und dazu braucht man nicht einmal „verschiedene Parteien“, das bringt das dem Centrum treu anhängende katholische Volk allein zu Wege!

Gesetzrath Ungarn. **Wien, 12. April.** Der „Polit. Correspondent“ wird aus Petersburg geschrieben, daß die Nachricht von der bevorstehenden Vermählung des Fürsten von Bulgarien in Rußland zwar seinerzeit mit dem größten Unbehagen aufgenommen, daß man aber der nunmehrigen Heirat keine größere Bedeutung beilege. Keinesfalls werde das Ereigniß in der Haltung der russischen Regierung gegenüber der bulgarischen Frage irgend eine Veränderung herbeiführen, geschweige denn die Anerkennung des Coburgers als Fürsten von Bulgarien zur Folge haben. Ebenso sei man in Petersburg der Regierungstreue fest davon überzeugt, daß noch keine andere Macht, schon aus Rücksicht auf Rußland, denselben anerkennen oder offiziell empfangen werde, über private Audienzen werde sich Rußland stillschweigend hinwegsetzen.

Wien, 12. April. Wegen Umsichtigseins der Cholera in Rußland verfügten die Behörden die Verschärfung der sanitären Revision der aus Rußland kommenden Reisenden auf den Grenzstationen.

Wien, 12. April. Fürst Ferdinand und Prinzessin Clementine sind heute Vormittag nach Vizegrada abgereist, dagegen wird Stambulow noch einige Tage hier verweilen. Heute folgten dieselben einer Einladung des englischen Botschafters Paget zum Dejeuner.

Wien, 13. April. Das „Neue Wiener Tageblatt“ erfährt, Stambulow habe bei aller Anerkennung seiner bisherigen Haltung doch überall, wo er seine Aufmerksamkeit gemacht, die Erklärung erhalten, daß Bulgarien nur so lange auf das Wohlwollen des Coburgers rechnen könne, als es sich in dem Rahmen der bestehenden Verträge halte. Stambulow habe darauf diesbezügliche Zusicherungen gegeben.

Triest, 12. April. Sieben auf dem englischen Dampfer „Windobona“ mit dem Reingeh des Kessels beschäftigte Matrosen, wurden von dem Steuermann Joseph Stainke aus Deutschland, als sie in dem Kessel einige Minuten ausruhten, durch Desinnen des Dampfs mit siedendem Wasser verbrüht. Zwei Matrosen konnten sich retten, während 5 tödtlich verletzt wurden. Stainke wurde verhaftet.

Lemberg, 12. April. Nach Mittheilung polnischer Blätter wird der russisch-orthodoxe Erzbischof Flavian von Warschau demnächst die österreichischen Grenzbezirke bereisen, um unter dem Scheine der Inspection seiner Diocese eine neue schismatische Bewegung in Fluß zu bringen. Die katholische Schuljugend erhielt den Befehl, am festlichen Empfang des Erzbischofs theilzunehmen.

Belgien.

Brüssel, 12. April. Die Kammer hat bei der heutigen Abstimmung sämtliche 14 vorliegende Wahlgesetzentwürfe abgelehnt. Nur für einen einzigen Entwurf, denjenigen der Regierung, kam eine positive Majorität (91 gegen 61 Stimmen) zu Stande, doch fehlten auch bei dieser Abstimmung noch 10 Stimmen an der Zweidrittel-Majorität. Alle übrigen Entwürfe wurden mit überwältigenden Majoritäten abgelehnt, so der Antrag Janson (allgemeines Stimmrecht für alle 21jährigen Bürger) mit 115 gegen 26 Stimmen; der Antrag Rothomb (allgemeines Stimmrecht für alle 25jährigen Bürger, welche seit 2 Jahren den gleichen Wohnsitz innehaben) mit 112 gegen 37 Stimmen. Der Antrag Helleputte (Interessenvertretung; Eintheilung der Wähler in 3 Gruppen: Vertreter des Kapitals, der Arbeit und der Intelligenz, von denen jede Anrecht auf ein Drittel der Mandate hat) mit 93 gegen 50 Stimmen; der Antrag Graux (allgemeines Stimmrecht mit Ausschluß der Analphabeten und der Unterstützungsbedürftigen mit 122 gegen 17 Stimmen; der Antrag Frère-Orban (Befähigungsnachweis) mit 127 gegen 18 Stimmen. Der Abgeordnete de Kerckhove zog seinen Entwurf zurück, weil derselbe nur für den Fall, daß alle anderen Entwürfe abgelehnt würden, in Betracht kommen sollte, die Kammer ihm aber nicht den letzten Platz bei der Abstimmung eingeräumt hatte. Nachdem sämtliche Wahlgesetzentwürfe, über welche die Kammer und die Revisionsausschüsse Monate hindurch berathen

hatten, abgelehnt waren, hätte die ganze Verfassungsrevision als gescheitert gelten müssen, wenn nicht der katholische Abgeordnete Ryssens Stoff zu weiteren Berathungen geliefert hätte, indem er folgenden Entwurf einreichte: Jeder 25jährige Bürger, der mindestens seit einem Jahre den nämlichen Wohnsitz innehat, besitzt das einfache Stimmrecht. Das mehrfache (zwei- oder dreifache) Stimmrecht erhalten diejenigen, welche einer oder mehreren der folgenden Bedingungen entsprechen: 1) 35 Jahre alt sein, verheirathet sein oder als Wittwer legitime Nachkommenschaft haben und mindestens 5 Frees an direkten Steuern entrichten; 2) 25 Jahre alt sein und Immobilien im Werthe von 2000 Frees, oder eine Selbsumme als Eigenthum besitzen, welche 100 Frees. Zinsen abwirft; 3) 25 Jahre alt sein und entweder das Diplom einer Hochschule oder Mittelschulbildung voraussetzen. Auch der Führer der Rechten, Weyse, reichte einen Entwurf ein, kraft dessen alle in dem Frère-Orban'schen Gesetze vom Jahre 1853 vorgezeichneten Kapazitätsmaßstäbe, und alle Bürger, welche 10 Frees. an direkten Steuern entrichten, das Wahlrecht erhalten sollen. Beide Anträge wurden an die Commission zur Prüfung überwiesen. Man glaubt, daß für den Entwurf Ryssens eine Zweidrittelmehrheit zu Stande kommen wird. Während die Commission diese beiden Anträge prüft, wird die Revisionsberathung 8 Tage lang ausgesetzt, wodurch die Kammer Gelegenheit erhält, einen Theil des Budgets erledigen zu können.

Brüssel, 13. April. Die sozialistische Presse fährt fort, die Kammer auf das Heftigste zu bekämpfen. Der „Peuple“ schreibt in einem Leitartikel: Der allgemeine Zustand ist proklamirt. Arbeiter, auf zur Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechts. Dieser schamlose Kammer muß bewiesen werden, daß der Arbeiter Blut in den Adern hat, um seine Rechte zu erkämpfen. Durch die Ablehnung des Stimmrechtes für alle hat die Kammer dem Arbeiter den Krieg erklärt. Wenn die Kammer sich nicht eines Besseren besinnt, so wird sie furchtbare Gewitter entfesseln; das Volk besteht darauf, das Wahlrecht zu erhalten und es wird dazu gelangen, trotz der Coalition aller Reactionäre.

Frankreich. **Paris, 13. April.** Mehrere Generalräthe beschloßen heute die Abwendung von Petitionen an die Regierung zwecks Herabsetzung der Pollsteuern. — Heute findet eine Zusammenkunft von Vertretern der Pariser Banken unter Vorsitz des Gouverneurs des „Credit Foncier“, Christophle, statt, behufs Bildung einer neuen Gesellschaft zum Ausbau des Panamakanals. — Die Verhandlungen des Anarchistenprozesses dauern fort und dürften noch einige Tage in Anspruch nehmen. Heute wurde mit dem Zeugenverhör der 32 geladenen Zeugen begonnen; hierauf wird der Staatsanwalt die Anklage begründen. — Die Beamten des Kriegsministeriums stellen Turpin als geisteskrank hin, um den Eindruck der Enthüllungen abzumildern. „Gocarde“ beantragt, Turpin als Candidaten für die Kammer gegen Floquet aufzustellen.

Italien. **Florenz, 12. April.** Fürst Ferdinand wird morgen hier erwartet; derselbe wird sofort nach Villa Pianori reisen. — Herr v. Siers ist gestern Abend nach Salzburg abgereist.

England. **London, 12. April.** Aus Cardiff wird ein Grubenunglück gemeldet. 200 Bergleute sollen umgekommen sein, doch sind bisher erst 15 Leichen geborgen worden. Durch die Geistesgegenwart eines Aufsehers konnten sich 70 Bergleute retten, die übrigen sind mit leichten Brandwunden davongelkommen.

Amerika. **Washington, 12. April.** Die Stadt Albuquerque in Neu-Mexico wurde von einem Erdbeben heimgesucht, das einen großen Theil derselben in Trümmer legte. — Die Legislatur von Neu-Braunschweig forderte das kanadische Parlament auf, den Verkehr mit berauschenden Getränken zu verbieten. — Der Danog-Fürst des irischen Geheimbundes „Glan-Ragall“ hat seine Auflösung als revolutionäre Körperschaft und seine Vereinigung mit der irischen National-Association beschlossen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 13. April. Der Reichstag berathet die Tabakbau-Interpellation des Abg. Menzer vor fast leeren Bänken. Die Tribünen waren dagegen in Erwartung neuer Abwardt-Scandalen überfüllt. Abg. Abwardt war mit einem großen Paket anwesend. Staatssekretär Frhr. v. Maltzahn führte den Rückgang des Tabakbaues auf die veränderte Methode der Cigaretten-Fabrikation zurück. Eine Aenderung der Tabaksteuer sei wahrscheinlich. Graf v. Leo sprach für Herabsetzung der Tabaksteuer im Interesse der Tabak-Bauern des Niederrheins.

Die Sitzung des Reichstages wurde vollständig durch die Debatte über die Tabak-Interpellation ausgefüllt. Sämmtliche Redner sprachen für die Interpellation. Die Abgg. Büttlich, Stemm, v. Winterfeld und Tröttsch betonten den stärksten Schutz des inländischen Tabakbaues. Abg. Barth beklagte die Erhöhung des Tabakzollens. Abg. Mollenhuth verbreitete sich über die Lage der Tabak-Arbeiter. Morgen

Buchergez und Verrath militärischer Geheimnisse. Der Abg. Abwardt erschien im Reichstage erst nach Beginn der Sitzung und konnte vor der Tagesordnung das Wort nicht mehr erhalten. Er wird aber laut einer Vereinbarung mit dem Präsidenten, morgen sprechen.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhause. **Berlin, 13. April.** Das Abgeordnetenhause begann die zweite Berathung des Ueberweisungs-Gesetzes, worüber Abg. v. Jagow Namens der Steuer-Commission referirte. Abg. Meyer erklärte, die Commission lehnte die ganze Steuer-Reform wegen ihres agrarischen Charakters ab. Die Commission habe ihre Arbeiten überstürzt, die jetzige (letzte) Session dieser Legislaturperiode sei nicht die geeignete Zeit, um ein so großes Werk zu vollenden.

Finanzminister Miquel und Abg. Graf zu Limburg-Styrum traten der Kritik des Vordrängers entgegen und verteidigten die Commission. Die Abgg. Bachem und Schmitz (Erstsen) erklärten sich für die Steuer-Reform, wollen aber das Communalsteuergesetz ändern im Sinne größerer Entlastung der Unbemittelten. Abg. v. Tiedemann erklärte, die Freiconservativen würden jede weitere Progression ablehnen, das Reformwerk aber fast einstimmig annehmen. Die Abgg. Krause und v. Geyern wünschten, daß die Reform in dieser Session erledigt werde; letzterer äußerte Bedenken wegen der Vermögenssteuer.

Dem Abg. Meyer gegenüber wies der Finanzminister noch auf die Entlastung der Gewerbetreibenden und der Vergewerksbeter hin, welche namentlich Rheinland und Westfalen zu Gute komme. Man könne also von einem rein agrarischen Charakter der Steuer-Reform nicht sprechen.

§ 1 wurde gegen die Stimmen der Freisinnigen angenommen.

Rheinland-Westfalen.

Neuß, den 14. April. **Wer hat's gedacht!** Das es nämlich mit dem Wetter so kommen würde. Als wir gestern Morgen vor 7 Uhr unsere Feder zu der Wetternotiz in unserer Nummer in Bewegung setzten, da war's mit, wie im Mai, und als wir nach Fertigstellung der Zeitung unsere Redaction verließen, da erinnerte uns die inzwischen umgeschlagene Temperatur recht deutlich an das alte Wort: „Der April thut, was er will“ und mit lebhaftem Bedauern verließen wir, wie ein Schmetterling, der zu frühe seine Hülle verlassen hat, den zu Hause im Schrank hängenden Ueberzieher. Zur Straße unserer geliebten Schmetterlingsbude plagi uns heute ganz selbstredend ein raubhafter Schnupfen. Nun, eine Redaktionsreise, die so manches überwinden muß, wird auch den Schmerz noch ertragen, besser vielleicht als die Blüten, denen das rauhe Wetter stellenweise doch sehr geschadet haben soll. Hoffen wir in diesen auf den Sonntag, der dann kälthabende Wundwischel bringt ja gewöhnlich anderes Wetter, hoffentlich diesmal — besseres!

Das überne Priesterjubelium feierten gestern in Köln gemächlich am 28. März 1898 geweihten Priester der Erzdiocese Köln: Pfarrer Bahren in Rheinbach, Pfarrer J. Blum in Neuenhausen, Rector Dänker in Beffeln, Pfarrer Erkelens in Speldorf, Pfarrer Hausding in Ophoven, Pfarrer Heil in Hülshagen, Pfarrer Jöckmann in Verrenrath, Kaplan Heier in Mülheim (Ruhr), Pfarrer Janßen in Westheim, Rector Jungbluth in Verenberg, Pfarrer Macherey in Hergenheim, Pfarrer Meurer in Jüngenbroich und Pfarrer Nollbach in Suggath. Um 10 Uhr fand in der Pfarrkirche St. Maria Himmelfahrt ein feierliches Dantamt statt, welches Herr Pfarrer Heil geleitete. Die Herren Hausding und Meurer ministrirten, Dänker assistirte. Die Festpredigt über die Verweisung zum Priesterthum hielt Herr Pfarrer Bahren. Mittags vereinigte sich die Jubilar im Fränkischen Hofe.

Betreffend Constatirung einer Aktien-gesellschaft zur Errichtung einer Volksbadeanstalt hatte gestern Abend der Gemeindevorstand eine Sitzung abgehalten. Herr Landrath Frhr. v. Schorlemer legte in kurzen Worten die Bedeutung und den Zweck der Anstalt dar. Geplant ist eine Aktiengesellschaft mit 320 Aktien à 250 M., also einem Aktienkapital von 80.000 M. Zur Deckung dieser Aktien ist noch die Genehmigung des hohen Bundesrates nothwendig. Betreffend die Rentabilität sagt Hr. Landrath, daß in den ersten drei Jahren wohl davon keine Rede sein könne, wenn aber später Alles im Betrieb sei, so könne man 3 bis 3½ pCt. erwarten. Die Aktienzeichnungen betragen vor der Versammlung 67.000 Mark und stiegen während der Versammlung auf 70.500 M. Da der Aufsichtsrath des gemeinnützigen Bädervereins erklärte, den Rest von 9500 Mark zu übernehmen, so erklärte man die Aktiengesellschaft für constituirt.

Die hierauf erfolgte Wahl des Aufsichtsrathes derselben ergab als gewählt die Herren: H. Groß, Hadenberg, Postlath, Rauhhaus, Jul. Thomas, Herm. Thymann, Weidenfeld. Die vorgelegten Statuten wurden mit kleinen Abänderungen genehmigt. **Heerd, 12. April.** Heute Nachmittag wurde von einigen jungen Leuten, welche sich auf dem Rheine mit Radfahren vergnügten, an der Wirtshaus zum „Bater Rhein“, beinahe an den Oberkasseler Schwellen, die Leiche eines Soldaten vom 16. Regimente zu Köln gefunden. Derselbe war noch vollständig mit Waffengürt, Seitengewehr u. dergleichen, nur die Kopfbedeckung fehlte. Ob hier wieder ein Selbstmord oder sonst ein Unglücksfall vorliegt, wird die schon eingeleitete Untersuchung ergeben. Die Leiche wurde hierhin zum Leichenhause gebracht. — Vor einigen Tagen wurde hierseits ein Viehhändler von einem Schweine, das mit einem anderen im Kampfe begriffen war, sehr heftig in die Hand gebissen. Der Verletzte achtete die Wunde gering und ging noch einige Tage damit herum, trotzdem Hand und Arm täglich anschwellen. Der daraufhin herbeigekommene Arzt mußte Wundreinigung konstatiren, doch wird wahrscheinlich die Wunde geheilt werden, ohne daß der Mann seine Hand verliert.

Die Ausführung terials für der Hofstra worden. Die Manentafeln

Ein Nachmittags Benzin in e und die Fla die Füllstich das empfand

Das Gütelager s Banquier Rost einigen Mon jeht den Pla waarenfabrik dem Terrain errichten.

Köln. Gesamt-Gon hebung und anjeres hochrichts-Directo gebachte Feste die Festsit Morgens um tenen feierlich Herr Sachbina dem Festomit tationen vom Wege bilden ihren Banmer ante wird in Bische, wah Trier die Bee

Nach Dees Einmündig lichen Balais Bische, de sein werden, im großen W Mitwirkung de Köln und Herr Dr. W

Nach Dees des Herrn Gar Weg, dessen Veränderungen vom Gürzenich zur Westfront Metropolltan- der Südseite wo wird, an der mader, Alter bach, Hofhofort Berlich, Möhre Pause.

Am zweiten Morgens der Deputationen, u reden zu halten. Nachmittags einisch-Saale ein 640 Gebete in Nachdem Bees hat, wird ihm a zug dargebracht und auswärtigen vorationen ein

Saarbrücken. verurtheilte den rechtlichen End hiesigen Landgen 4 Tagen Gefäng

Saarbrücken. ein französischer die deutsch-franzö schritten hatte un men worden war wo man jedoch einem Gefängnisstrafe Wahne leide. Deutschland un räumen zu ver römischen Sch wurde logisch in woher schon ein schenigung über nachgefolgt war.

Worms. den nahm sich in 19 Jahre alte B Menich geriet he Streich und schlug Vater sie wieder jüngern Sohne de ernie Vorhaltung in unbedingteitliche verhindern konnte, sich es sich mit d caput!“ in die fürzte er leblos a durchbohrt und de

Worms. raffinierte Art und „Dortmund. Jg.“ Ein Mann aus verfocht und ein daß er sich bei flopte daher eine die Frau erklärte s freit, um sich anz jedoch, um ihren ren auszubinden die Hausung daß der in der G mengestimmten B tend gewesen.

Worms. w Düsseldorf Der Ziegelfabrik vorbestraft, hat ei len, wofür er ch erlöst. — Drei B

